

Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren
 Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.
 Bezugspreis monatlich 1,60 Reichsmark zuzügl. Postgebühren.
 Das Cellower Kreisblatt erscheint täglich, außer an
 Sonn- und Feiertagen.
 Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Köpenickerstr. 87.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Köpenickerstr. 87, von unseren
 Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.
 Die 6spaltige Millimeterzeile oder deren Raum kostet 14 Pfennig,
 die 3spaltige Kleinzeile im Reklameteil und an der Spitze des
 Blattes 1,25 Reichsmark.
 Abonnenten erhalten auf Familienanzeigen 25 Prozent Rabatt.
 Kl. Anzeigen: Das Wort 10 Pf., fette Wörter 20 Pf.

Cellower Kreisblatt

Verbreitungs-Anschluß:
 Sammel-Nr. 82 Bülow 67L

Täglich erscheinende Zeitung.

Postfachkonto:
 Berlin 1619 5L

Nr. 10.

Berlin, Donnerstag, den 12. Januar 1933.

78. Jahrg.

Konflikt mit dem Reichslandbund

Berlin, 12. Januar.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes trat mit einer Entschiedenheit an die Öffentlichkeit, in der mit äußerster scharfer Formulierungen gegen die Haltung der Reichsregierung in den agrarpolitischen Fragen polemisiert wird.

Die Resolution beginnt mit der Behauptung, daß die Verleumdung der Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Produktionswirtschaft, „unter Duldung der derzeitigen Regierung ein selbst unter einer rein marxistischen Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß“ angenommen habe, und daß die „Ausplünderung der Landwirtschaft zu Gunsten der allmächtigen Geldbesitzerinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten“ andauere.

Weiter wird in der Entschiedenheit beklagt, daß die Erleichterung der politischen Lage durch Ablauf der Bindungen Holland gegenüber nicht durch Zurückgehen von Zollerhöhungen ausgenutzt und daß die daneben notwendigen Kontingentierungsmaßnahmen zum Schutze gegen ausländische Ueberflutung nicht ergriffen und daß nicht wenigstens durch sofortige Erklärung eines vollständigen und generellen Zahlungsmoratoriums die Vertreibung des Bauern von Haus und Hof verhindert worden seien.

Die Notgemeinschaft des deutschen Landvolkes stehe zum Ausharren bereit. Die Führung des Reichslandbundes fordere von jedem einzelnen den letzten Einsatz in dem dem gelangten Berufsstand ausgezogenen Kampf um die nackte Existenz.

Berlin, 12. Januar.

Wie weiter verlautet, nahmen an dem Empfang beim Reichspräsidenten vom Landbund u. a. die Herren Graf Kaldreuth, Broer, Seydel und Willifors teil. Die Besprechung erstreckte sich auf das gesamte Gebiet der Wünsche und Sorgen der Landwirtschaft. Vor allen Dingen fanden aber Zollfragen im Vordergrund. Dabei kam auch auf Seiten der Landbundesvertreter durchaus Verständnis für die Gründe zum Ausdruck, die die Reichsregierung dafür hat, die eine oder andere in Aussicht genommene Maßnahme noch nicht im Augenblick durchzuführen.

Ueber eine Reihe sehr wichtiger Fragen, die Interessen der Landwirtschaft aus allereinsten berühren, wird eine Gesetzesvorlage noch am heutigen Donnerstag in inneren Kabinettsbesprechungen fertiggestellt werden, um sie dann so schnell wie möglich verabschieden zu können. Die Reichsregierung ist mit der Ausarbeitung dieser Vorlagen bereits „einige Zeit“ beschäftigt. Der Reichspräsident selbst hat sich mit besonderer Wärme und Energie für die Interessen der Landwirtschaft eingesetzt.

Berlin, 12. Januar.

Nachdem in letzter Zeit in mehreren Besprechungen zwischen Mitgliedern des Präsidiums des Reichslandbundes und dem Reichsfinanzminister eine weitgehende Einigung über die für die Landwirtschaft notwendigen Maßnahmen erzielt worden war, wurde heute nachmittags der Vorstand des Reichslandbundes vom Herrn Reichspräsidenten im Beisein des Reichsfinanzministers und der Reichsminister Warmbold und Freiherrn von Braun empfangen.

Die Vertreter des Reichslandbundes trugen ihre ersten Sorgen über die Lage der Landwirtschaft und ihre Auffassung über die zu ergreifenden Abhilfemaßnahmen vor. In der Aussprache ergab sich, daß durch die bereits getroffenen und noch beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung

den Wünschen der Landwirtschaft schon soweit wie irgend möglich Rechnung getragen worden war.

Nach der Sitzung wurde bekannt, daß der Vorstand des Reichslandbundes bereits vorher eine Entschiedenheit gefaßt und der Presse übergeben hatte, die in demagogischer Form sachlich unbegründete Angriffe gegen die Reichsregierung enthielt. Die Entschiedenheit ist weder dem Herrn Reichspräsidenten noch der Reichsregierung vor der Besprechung bekanntgegeben worden. Wäre dies der Fall gewesen, so würde der Herr Reichspräsident von einem Empfang des Reichslandbundes abgesehen haben.

Die Reichsregierung wird sich durch diese illoyale Handlungsweise des Vorstandes des Reichslandbundes nicht davon abbringen lassen, alles sachlich Mögliche für die Landwirtschaft zu tun. Sie sieht sich jedoch gezwungen, von jetzt an Verhandlungen mit Mitgliedern des Vorstandes des Reichslandbundes abzulehnen.

Dr. Brandes bei Schleicher

Der Präsident des deutschen Landwirtschaftsrats Dr. Brandes ist vom Reichsfinanzminister empfangen worden. Man rechnet mit der Durchführung agrarpolitischer Maßnahmen, die im Zusammenhang mit den handelspolitischen Terminen und der Margarinefrage stünden.

In den Beratungen der Grünen Front sei eine volle Uebereinstimmung der Ansichten der maßgeblichen landwirtschaftlichen Körperschaften auch zu der Butterbeimischungsfrage erzielt worden; bei der bisher gewisse tatsächliche Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten.

Parteien und Reichsfinanzen

Aussprache im Haushaltsausschuß

Berlin, 12. Januar.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann die finanzpolitische Aussprache über die Rede des Reichsfinanzministers.

Zunächst wurde mitgeteilt, daß sich Reichswirtschaftsminister Warmbold bereit erklärt hat, schon am Donnerstag

Neues in Kürze

Unter verstärkter Mitwirkung Amerikas nach Roosevelt's Dienstantritt rechnet man mit einem stöten Fortgang der Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz.

Die Konferenz zur Vorbereitung der 40-Stunden-Woche im Arbeitsprozeß hat die Tagung in Genf begonnen.

Wegen eines schweren Lungeneidens hat die in Berlin zur Spezialärztlichen Behandlung weilende Tochter Leo Trotski Selbstmord verübt.

In Havana und in Santiago de Cuba kam es zu kommunikativen Unruhen. Mehrere Personen erlitten Verletzungen, und zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Trotsky soll in seinem Landhaus auf der Insel Crimipo schwer krank darniederliegen. Sein Sekretär sei nach Wien abgereist, um den ärztlichen Beistand eines Spezialisten zu gewinnen.

○ Eine neue Sternwarte für den Vatikan. Im Sommer des Papstes, Castel Gandolfo, weit außerhalb der störenden Lichter der ewigen Stadt, wird die neue Sternwarte des Vatikan errichtet. Die Zeitsperke Jena haben den Auftrag für die instrumentelle Ausrüstung dieser neuesten-Himmelswarte erhalten. Es handelt sich um einen photographischen Refraktor mit einer Linienkamera von 400 Millimeter-Objektivdurchmesser und einer Spiegelkamera von 600 Millimeter-Objektivdurchmesser und einem neuen mechanischen Aufbau für ein vorhandenes Fernrohrobjektiv von 400 Millimeter Durchmesser. Alle Bewegungen der Beobachtungsbühnen erfolgen durch Elektromotoren, die der Beobachter von seinem Standpunkt aus durch Druckknöpfe bedient. Die alte „Himmelsleiter“, an der der Astronom sonst mühsam hinauf- und hinabklettern mußte, ist verschwunden.

Auswärtiger Ausschuß gegen Waffenausfuhr

Washington, 12. Januar.

Entsprechend einer Sonderbotschaft Hoover's an den Kongreß, ist der der Präsident für ein Verbot der Ausfuhr von Waffen, die kriegerischen Zwecken dienen, eintritt, nahm der Auswärtige Ausschuß des Senates eine Resolution an, nach der der Präsident ermächtigt werden soll, die Ausfuhr von Waffen an solche Nationen zu sperren, die gegenwärtig Krieg führen oder von denen eine Kriegführung zu befürchten ist.

im Haushaltsausschuß seine Auffassung über die wirtschaftliche Lage Deutschlands darzulegen.

Abg. Dr. Hifferding (Soz.) äußerte starke Bedenken gegen die neue Verzögerung des Etats für 1933. Seine Partei stehe auf dem Standpunkt, daß die Verabschiedung von Etats durch Notverordnung mindestens mit dem Geiste der Verfassung in Widerspruch stehe. Im übrigen war er der Auffassung, daß die vom Minister geschiedene Etatslage angeht, der schweren Krise, die sich in keinem Fehlbetrag widerspiegelt, erträglich sei und für die Zukunft zu bevorzugen seien keine Mittel. Die gesamte Verabschiedung des Reiches sei in keiner Weise geeignet, den Reichscredit irgend wie zu erschüttern. Eine Ermäßigung des Discontozins sollte zur Behebung des Kapitalmangels erwogen werden. Die Bedenken der Reichsbank, daß dann Kapitalflucht ins Ausland abfließen, sei bei unserer Devisenwirtschaft nicht durchschlagend. Die Länder und Gemeinden hätten ein Defizit, das auf 800 Millionen Reichsmark zu veranschlagen sei. Hier seien Hilfsmaßnahmen dringend notwendig.

Abg. Hergt (Dnat.) wandte sich dagegen, daß man die Deutschnationalen für das Finanzelend verantwortlich mache. Im übrigen müsse man sich in der Gesamtschau zurückhalten, damit nicht die Keime des beginnenden Aufwandes zerstört würden. Es sei das Gebot der Stunde, in der heutigen Zeit der Regierung, wie sie auch heißen möge, eine Bewährungsfrist zu geben. Was die Ausführungen des Ministers über die Darlegungsmöglichkeiten für die Zukunftsbekämpfung angeht, so seien dagegen ernste Bedenken nicht zu erheben.

Abg. Reithardt (Natsoz.) ist der Auffassung, daß das vom Minister mit 755 Millionen angegebene Steuerdefizit für 1932 um 150 Millionen zu niedrig geschätzt sei. Unter Nichtberücksichtigung der Mühlengewinne und des Rentenbankdarlehens betrage die Belastung der Haushaltsjahre 1932 bis 1933 rund 6,6 Milliarden Mark oder 1,1 Milliarden im Jahresdurchschnitt. Diese Belastung hoffe man durch die Wirtschaftsbekämpfung abtragen zu können. Bekämpfung der Wirtschaft, Stellung der öffentlichen Finanzen und Sicherung der deutschen Sozialversicherung hätten eine gemeinsame Voraussetzung. Diese bestehe in der Verabschiedung der Arbeitslosenversicherung. Er beantrage, die Ausgabe von Steuerzuschüssen abhängig zu machen von der Voraussetzung, daß der Antragsteller den Nachweis einer eingeleiteten Arbeitsvermehrung und somit einer Erhöhung der Lohnsumme erbringe. Der Redner erklärte dann die Lage der Gemeindefinanzen und forderte in diesem Zusammenhang, daß die Länder und Gemeinden auch an dem Aufkommen aus Steuerzuschüssen beteiligt werden und daß mit den Zuschüssen zur Einkommensteuer überhaupt Schluss gemacht werde und die Zuschüsse in die Tarife der Einkommensteuer eingebaut würden. Ueberhaupt sei eine Vereinfachung der Steuerbefehle notwendig, da sich heute kein Steuerzahler mehr darin auskenne.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) erklärte, die Aussprache entwickle sich zu einem internationalen Ereignis. Der Abg. Hergt sei mit voller Entschiedenheit für das Budgetrecht der Volkvertretung eingetreten. Der nationalsozialistische Redner habe andererseits die formale Verabschiedung des Reichshaushalts 1932 unter ausdrücklicher Verweisung auf die Reichsverfassung gefordert. Das seien positive Beispiele einer deutschen Innenpolitik, die umso bemerkenswerter seien, je unübersichtlicher die deutsche Innenpolitik von der Chiffresprache ihrer Bulletin in Köln und Berlin geworden ist (gr. Heiterkeit). Daß der Reichsfinanzminister die finanzpolitische Lage mit Offenheit dargelegt habe, sei ein außerordentliches Verdienst, denn das Ausland schäme, wie der Bericht des amerikanischen Bankiers Wiggins zeige, die Klarheit der Staatslinie. Das Ueberriegen der Aufgaben der öffentlichen Hand nehme eine für die Wirtschaft ruinöse Entwicklung. Ein Entlastungsprozeß zugunsten einer volkswirtschaftlichen Wirtschaft müsse trotz des Rückstehens wieder einleiten. Andererseits sei angesichts der ungeborenen Volksnot das soziale Existenzminimum an mehr als einer Stelle des Reichsetats unterschritten. Der Etat weise in die Richtung einer Sammlung der positiven politischen Kräfte.

Nach Ausschlüssen des Abg. Dr. Reubaer (Komm.) wurden die Beratungen abgebrochen.

Nächste Sitzung am Donnerstag, in der die finanzpolitische Aussprache weitergeführt wird. Außerdem ist auf die Tagesordnung gesetzt worden: die Gegenannahme des mündlichen Berichts des Rechnungsuntersuchungsausschusses über die Haushaltsrechnung 1930 sowie über einige Denkschriften.

Gruppe Franken der SA aufgelöst

Der Gruppenführer seines Postens entlassen.

Münchener 12. Januar.

Im Zusammenhang mit Zusammenstößen im Hifferhaus ist der bisherige Gruppenführer der SA, Franken, Reichstagsabgeordneter Will Stegmann, vom Stabschef der SA, seines Postens entlassen worden. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß Stegmann sich gegen Befehle der obersten SA-Führer aufgelehnt habe. Die Gruppe Franken der SA wird aufgelöst.

Amthliches.

Weitere amtliche Bekanntmachungen befinden sich auf der dieser Nummer veröffentlicht.

A. VIII² 1/33.

Privatimpfungen.

Verste, die im Kalenderjahr 1932 im Kreise Lettow Privatimpfungen durchgeführt haben, sind gemäß § 8 des Reichsimpfgesetzes vom 8. April 1874 (RGBl. S. 31) verpflichtet, die dargelegenen Privatimpfungen (in Nowagow dem Magistat) mit am Jahresbeginn vorzulegen. Soweit dies bisher noch nicht geschehen ist, fordere ich die Herren Verste auf, dieser Vorchrift baldmöglichst zu entsprechen.

Die Ortspolizeibehörden erlaube ich, sämtliche Verste ihres Bezirks auf diese Bekanntmachung noch besonders aufmerksam zu machen und sie zur umgehenden Vorlegung der vorbenannten Privatimpfungen zu veranlassen, soweit dies noch nicht geschehen sein sollte.

Die Vorlage sämtlicher Privatimpfungen aus dem Jahre 1932 muß bis Ende Januar 1933 erfolgt sein.

Berlin, den 6. Januar 1933.

Der Landrat des Kreises Lettow, von Rathjuss.